

Donald Trump, der am 20. Januar 2017 als 45. Präsident der USA vereidigt werden soll, hat noch vor seinem Amtsantritt einen Streit mit China ausgelöst. Anlass war ein Telefonat, das er am 2. Dezember mit der Präsidentin der chinesischen Insel Taiwan, Tsai Ing-wen führte. Angeblich hatte die 60jährige ihn angerufen, um ihm zur Wahl zu gratulieren. Es war das erste Gespräch eines amtierenden oder designierten US-Präsidenten mit Taiwans Oberhaupt, seit Washington 1979 die diplomatischen Beziehungen zur »Republik China« abgebrochen und zur Volksrepublik China aufgenommen hatte. Ein Sprecher des chinesischen Außenministeriums äußerte sich »ernsthaft besorgt« und warnte, dass eine kontinuierliche Weiterentwicklung der zwischenstaatlichen Beziehungen ausgeschlossen wäre, falls die USA sich von der »Ein-China-Politik« abwenden sollten. Gemeint ist das Prinzip, dass es nur einen chinesischen Staat gibt, der von der Regierung in Beijing repräsentiert wird, und Taiwan, die sogenannte Republik China, Teil dieses Staates ist.

Tsai Ing-wen war von 2008 bis 2012 schon einmal Präsidentin der Insel, wurde am 16. Januar 2016 erneut gewählt und ist seit dem 20. Mai im Amt. Die von ihr geführte Demokratische Fortschrittspartei (DPP) erreichte bei der am selben Tag stattfindenden Parlamentswahl erstmals in der Geschichte Taiwans die absolute Mehrheit der Mandate. Während die abgelöste Kuomintang-Partei der Zusammenarbeit mit Beijing aufgeschlossen gegenübersteht, bringt die DPP immer wieder den Gedanken einer formalen Unabhängigkeitserklärung ins Spiel. Für diesen Fall hat die Volksrepublik eine militärische Reaktion angekündigt.

Taiwan hat in politischen, militärischen und wirtschaftlichen Kreisen der USA immer noch eine einflussreiche Lobby. Unter Trumps Beratern ist die gut vertretene. Einen Tag vor der Präsidentenwahl, am 7. November, hatten zwei Mitglieder seines Teams ein Papier mit dem programmatischen Titel »Donald Trumps Vision von Frieden durch Stärke für den asiatisch-pazifischen Raum« veröffentlicht. Die Autoren, Alexander Gray und Peter Navarro, beklagten darin, dass die Regierung von Barack Obama der VR China viel zu viel Aktionsfreiheit lasse und eine Verkümmern der US-Streitkräfte zu verantworten habe. Die Folge sei eine Entmutigung der Partner der USA in der Region, die bis zur Abwendung gehe. Die Behandlung Taiwans durch die Obama-Administration wurde als »ungeheuerlich« kritisiert. Insbesondere wurde beanstandet, dass die Wünsche



Markige Sprüche in Richtung China: Der designierte US-Präsident Donald Trump

Trump gegen »Vergewaltigung«

Der designierte US-Präsident will China und Russland auseinanderbringen. **Von Knut Mellenthin**

der Inselregierung nach Waffenlieferungen nicht im vollen Umfang erfüllt worden seien.

Trumps künftiger Stabschef im Weißen Haus, Reinhold Richard »Reince« Priebus, der bisherige Chef des Parteivorstands der Republikaner, pflegt seit vielen Jahren enge Beziehungen nach Taiwan. Im Oktober 2015 reiste er mit einer Delegation dieses nationalen Organisationsgremiums der Republikanischen Partei auf die Insel und traf sich mitten im Wahlkampf mit Tsai Ing-wen. Deren Außenminister David Lee bezeichnete später die Nominierung von Priebus als »gute Nachricht für Taiwan«. John Bolton, unter George W. Bush Botschafter bei den Vereinten Nationen und jetzt als stellvertretender Außenminister in der engeren Wahl, war am Tag des Telefongesprächs mit Taiwans Präsidentin bei Trump. Anschließend forderte er im Sender *Fox News*, die Beziehungen zu China »kräftig durchzurütteln«.

Trump selbst hielt während des Wahlkampfs vor allem in Städten, die stark vom Niedergang der Industrie betroffen sind, Hetzreden gegen China. Immer wieder beschwor er die angebliche »Vergewaltigung unseres Landes« und die »Ermordung unseres Handels« durch die chinesische Konkurrenz, die er als Präsident beenden werde. »Wir können den Spieß umdrehen, wir haben die Karten in der Hand, vergesst das nicht. Wir haben viel Macht gegenüber China«, rief er zum Beispiel am 1. Mai seinen Anhängern in Fort Wayne, Indiana, zu.

Im gleichen Ton reagierte der Milliardär auf die chinesische Kritik an seinem Gespräch mit Taiwans Präsidentin. Im Sender *Fox News* sagte er am 11. Dezember, er verstehe nicht, warum er an der »Ein-China-Politik« festhalten sollte, »sofern wir nicht einen Deal mit China machen können, bei dem es um andere Dinge, einschließlich des Handels, geht«.

Die Volksrepublik schädige die USA durch den niedrigen Wechselkurs ihrer Währung, durch die Besteuerung US-amerikanischer Importe, durch den Bau einer »massiven Festung mitten in der Südchinesischen See« und durch mangelnde Unterstützung im Vorgehen gegen Nordkorea.

China, Nordkorea und Iran zeichnen sich schon vor dem Einzug des Milliardärs ins Weiße Haus als Objekte einer betont harten und aggressiven Politik ab. Das könnte zwei Zielen dienen: Erstens würde Trump die Mehrheit der Republikaner hinter sich bringen, Entschlossenheit demonstrieren und sich damit gegen den Vorwurf der »Schwäche« wehren, der unvermeidlich käme, falls er das Verhältnis zu Russland wirklich verbessern will. Zweitens könnte der designierte US-Präsident versuchen, auf diese Weise Russland von seinen Partnern China und Iran zu trennen und gegen sie auszuspielen.

■ Hintergrund »Ein-China-Politik«

Das Shanghai-Kommuniqué wurde am 28. Februar 1972 während des China-Besuchs von US-Präsident Richard Nixon unterzeichnet. Wenige Monate vorher hatte die Vollversammlung der Vereinten Nationen am 25. Oktober 1971 den Ausschluss Taiwans aus der UNO und die Aufnahme der Volksrepublik beschlossen. Die US-Regierung hielt jedoch noch bis 1979 an der Anerkennung Taiwans fest. Das Kommuniqué enthält daher zur »Ein-China-Politik« nur eine Kompromissformel: »Die Vereinigten Staaten erkennen an, dass alle Chinesen auf beiden Seiten der Taiwan-Straße davon ausgehen, dass es nur ein China gibt und dass Taiwan ein Teil Chinas ist. Die Regierung der USA stellt diese Position nicht in Frage.«

Erst mit dem gemeinsamen Kommuniqué über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen, das am 1. Januar 1979 unter Präsident James »Jimmy« Carter veröffentlicht wurde, brachen die USA die zwischenstaatlichen Beziehungen zu Taiwan ab. Zugleich hieß es aber in der Vereinbarung: »In diesem Rahmen wird das Volk der Vereinigten Staaten kulturelle, kommerzielle und andere inoffizielle Beziehungen mit dem Volk von Taiwan aufrechterhalten.«

Die Einigung zwischen Washington und Beijing wurde stark relativiert durch den vom Kongress beschlossenen »Taiwan Relations Act«, der am 10. April 1979 mit Carters Unterschrift in Kraft trat. Das Gesetz schreibt Beziehungen zu Taiwan vor, die offiziellen diplomatischen nahkommen, einschließlich der Einrichtung einer De-facto-Botschaft. Falls die Insel von China angegriffen würde, müssten die USA zu ihrem Schutz militärisch aktiv werden. Die US-Regierung soll Taiwan mit allen Waffen versorgen, die zu dessen Selbstverteidigung erforderlich sind.

Aufgrund chinesischer Klagen über diese Lieferungen wurde am 17. August 1982 unter Ronald Reagan ein drittes Kommuniqué unterzeichnet. Die USA verpflichteten sich darin, die Waffenverkäufe an Taiwan nicht als Langzeitpolitik zu betreiben und sie schrittweise zu reduzieren. Dies versprechen hat Washington auch 34 Jahre später nicht eingelöst. (km)

■ Konflikte zwischen Washington und Beijing: Drohnen und Inselstreit

China hat am Sonnabend seine Bereitschaft erklärt, eine US-amerikanische Drohne zurückzugeben. Das unbemannte Unterwassergerät war am Donnerstag von einem chinesischen Schiff in internationalen Gewässern westlich der philippinischen Insel Luzon aufgefischt worden. Das Verteidigungsministerium in Beijing klagte auf seiner Website, dass die US-Seite den Vorfall künstlich hochgespielt habe, was einer raschen Lösung nicht gutgetan habe.

Während Donald Trump darüber witterte, dass die Chinesen die Drohne »gestohlen« hätten, muss man eher von einer wohl nicht ganz ordnungsgemäßen Ausleihe sprechen. Wahrscheinlich ist, dass diese dazu genutzt wurde, das Fundstück von Experten

gründlich begutachten zu lassen. Ein für die US-amerikanische Kriegsmarine arbeitendes, aber als zivil deklariertes »Forschungsschiff« hatte mit mehreren dieser Tauchgeräte »ozeanographische Daten« erhoben. Nach offiziellen Angaben ging es vor allem um Salzgehalt, Temperatur und Klarheit des Wassers. Beim Einsammeln der ausgesetzten Drohnen waren die Chinesen in einem Fall etwas schneller als die »Forscher« und verabschiedeten sich mit dem fröhlichen Funkspruch: »Wir setzen unsere Routineaufgaben fort.«

Der Journalist Julian Borger trug am Freitag in der britischen Tageszeitung *Guardian* eine interessante These zum Zweck der Navy-Forschungen vor: Die US-Streitkräfte seien dabei, im Pazifik

ein »Beobachtungsnetzwerk« zum Aufspüren von chinesischen U-Booten und zur Langzeitverfolgung ihrer Bewegungen aufzubauen. Genauer gesagt geht es um Trägerboote für strategische Atomraketen. Sie bilden Beijings Zweitschlagkapazität, die für die nukleare Abschreckung unentbehrlich ist. Da China nur über vier U-Boote dieser Art verfügt, stehen die Chancen der US-Marine gut, sie in absehbarer Zukunft durch Schwärme von Tauchdrohnen zu orten und im Blick zu behalten.

Nach Angaben der US-Navy fand die Drohnenentlehnung knapp 100 Kilometer nordwestlich der Subic Bay statt. Seit 2014 dürfen US-Kriegsschiffe in dieser Bucht wieder offiziell ankern. Nicht viel weiter entfernt liegt

der philippinische Luftwaffenstützpunkt Basa Airbase. Er ist einer von fünf auf den Philippinen-Inseln, die von den US-Streitkräften aufgrund des Enhanced Defense Cooperation Agreement (EDCA), das am 28. April 2014 in Manila unterzeichnet wurde, genutzt werden dürfen.

Am Mittwoch, einen Tag vor dem Zwischenfall mit der Tauchdrohne, hatten sich die meisten großen internationalen Medien wieder einmal mit den chinesischen Bauarbeiten auf Riffen und Kleinstinseln der Spratly-Gruppe beschäftigt. Die größte dieser flachen Erhebungen aus dem Wasser hat nur eine Fläche von einem halben Quadratkilometer. Einige davon hält China besetzt, das ebenso wie mehrere andere Staaten die Spratlys insgesamt

beansprucht. Eine der Inseln haben die Chinesen angeblich so weit vergrößert, dass dort eine Landebahn für Flugzeuge angelegt werden konnte. Außer dem Report einer Pressestelle in Washington, die unter dem Namen »Asia Maritime Transparency Initiative« firmiert, gab es für die Welle von Meldungen keinen aktuellen Grund. Admiral Harry Harris, Chef der Kommandozentrale der USA für den pazifischen Raum, nahm die Geschichte trotzdem zum Anlass, den Chinesen mit einer militärischen Konfrontation zu drohen. Nur etwa 300 Kilometer vom Mittelpunkt der Spratly-Inselgruppe entfernt befindet sich auf der philippinischen Insel Palawan ein weiterer Militärstützpunkt, den die USA aufgrund des EDCA nutzen können. **Knut Mellenthin**